Nr. 37. Archiv Freitag, den 24. Januar 1919. — Morgen-Ausgabe. 33. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags und nach Feiertagen nur einmal.
Bezugspreis: monatlich ℳ 2,80 vierteljährlich ℳ 7,80 frei ins Haus.
Einzelnummer in der Expedition, in den Filialen und bei den Straßenhändlern 10 ₰.
Postabonnementspreis monatlich ℳ 4,—.
Buchhandlung: Erdgeschoß Buchdruckerei-Kontor I. Stock Fehlandstr. 11.

Redaktion. Fehlandstraße 11. I. Stock. Hamburg 36. Expedition: Fehlandstraße 11. Erdgeschoß

Verantwortlicher Redakteur Karl Petersson in Hamburg.

Anzeigen die neungespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 30 ₰ zuzüglich Teuerungszuschlag von 20%. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11, Erdgeschoß bis 7 Uhr abends, in den Filialen (bis 5 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.

Auf zur Preußenwahl.

Die Nationalratswahlen haben der Sozialdemokratie einen großen Erfolg gebracht. Nicht groß genug für unsere Wünsche; denn wir haben die sozialdemokratische Mehrheit nicht erreicht. Am kommenden Sonntag wählt Preußen. Ohne die süddeutschen Staaten muß es möglich sein, die sozialdemokratische Mehrheit wenigstens in der preußischen Nationalversammlung zu erreichen, wenn noch einmal alle Kräfte aufs äußerste angespannt werden. Vorwärts, heißt die Parole für die Männer und Frauen der deutschen Arbeiterklasse.

Der Segen der Revolution zeigt sich in Preußen noch deutlicher als im Reich. Preußen war die Trutzburg der Reaktion, der unübersteigliche Wall gegen das Vorwärtsdrängen der Arbeiterklasse. Preußen war der Todfeind der Freiheit und des Fortschrittes in Deutschland und darüber hinaus. Jetzt soll Preußen die Vormacht des demokratischen und sozialistischen Gedankens in der ganzen Welt werden.

In Preußen bestand bis zum Tage der Revolution das Dreiklassenwahlrecht, das elendeste aller Wahlgesetze. Jetzt sind alle Männer und Frauen wahlberechtigt und gleichberechtigt. Die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter, alle alten polizeilichen Zwangsgesetze sind gefallen. Auf zur Wahlurne! Aus ihr soll das neue Preußen erstehen.

Die Feinde des arbeitenden Volkes streuen niedrige Verleumdungen der Sozialdemokratie aus. Wir wollen keine Kirchen verfolgen, wir wollen der Religionsgemeinschaft volle freie Betätigung lassen; nur sollen Kirchenkasse und Staatskasse fein säuberlich voneinander getrennt bleiben. Wir wollen keine Zerstörung der Schulzucht, keine Vernichtung des höheren Schulwesens. Nur wollen wir die Einheitsschule und die Zulassung zur höheren Bildung nach der Befähigung, nicht nach dem Geldsack des Vaters regeln. Wir wollen nicht den Beamten ihre wohlerworbenen Rechte rauben. Wohl aber haben wir den Beamten volle Freiheit gebracht und wollen sie ihnen sichern. Die leitenden Beamten in der ganzen Staatsverwaltung, die Behörden, die soll das Volk selber wählen. Die Sozialdemokratie ist die einzige ehrliche Vertreterin der breiten Massen. Sie allein hat stets für die politische Freiheit der Frau gekämpft; sie allein wird die volle Gleichberechtigung der Frauen durchführen. Alle Hand- und Kopfarbeiter, alle Angestellten und Beamten, alle Landarbeiter und Kleinbauern, alle die nicht auf dem großen Geldsack sitzen oder über die Großgüter herrschen, müssen am 26. Januar einmütig rufen: Wir geben für die preußische Nationalversammlung am 26. Januar unsere Stimme nur

der Liste der deutschen Sozialdemokratie!

Die Kandidaten in unserem Verbreitungsgebiet sind:

für Schleswig-Holstein:

1. **Wilhelm Brecour**, Stadtrat, Kiel.
2. **Max Richter**, Geschäftsführer, Neumünster.
3. **Anna Mosegaard**, Ehefrau, Hadersleben.
4. **Otto Jünger**, Geschäftsführer, Eckernförde.
5. **Herm. Peters**, Landmann, Hochdonn bei Burg.
6. **Chr. Regenauß**, Stadtverordneter, Rendsburg.
7. **Wilh. Detlef Schulz**, Geschäftsführer, Kiel.
8. **Wilh. Severt**, Stadtverordneter, Altona.
9. **Johann Clausen**, Gastwirt, Tönning.
10. **Johs Bruhns**, Stadtverordneter, Wandsbeck.
11. **Ernst Erfurth**, Stadtverordneter, Flensburg.
12. **Jürgen Harder**, Stadtverordneter, Heide.
13. **Dr. Köster**, Schriftsteller, Blankenese.
14. **Fritz Hansen**, Kolporteur, Holtenau.
15. **Karl Wagner**, Geschäftsführer, Mölln.
16. **Rud. Hackelberg**, Stadtverordneter, Altona.

für Harburg-Wilhelmsburg:

August Brey, Verbandsbeamter, Hannover,
Robert Leinert, Oberbürgermeister, Hannover,
Ludwig Dönike, Geschäftsführer, Hannover,
Andreas Müller, Arbeitersekretär Harburg,
Heinrich Müller, Oberpostschaffner, Hannover,
Karl Stephan, Malermeister, Hildesheim,
Barbara Gotthusen, Ehefrau, Harburg,
Karl Müller, Geschäftsführer, Hameln,
Heinrich Böse, Lehrer, Ebstorf,
Kurt Mey, Arbeitersekretär, Hannover,
Christ. Schrader, Arbeitersekretär, Hannover,
Bruno Hempel, Tischler, Celle,
August Müller, Kaufmann, Einbeck,
Emil Döbler, Gewerkschaftsbeamter, Linden,
Karl Hahnebuth, Dreher, Hannover,
Karl Zielke, Redakteur, Harburg,
Wilhelm Rößler, Bierverleger, Atendorf,
Henni Lehmann, Malerin, Göttingen,
Ludwig Kreimeyer, Gastwirt, Hannover.

Waffenstillstand zwischen Rußland und den Alliierten.

Ein eigener Drahtbericht aus Berlin meldet uns:

Die Vereinigten Staaten laden höchstens drei Vertreter aller in Rußland bestehenden Regierungen und Gruppen zum 15. Februar nach den Prinzen-Inseln bei Konstantinopel ein um mit den Alliierten zu verhandeln und untereinander einen Waffenstillstand abzuschließen.

*

Näheres hierüber enthält der nachstehende Funkspruch, aufgenommen von der F.-T.-Leitung des A.- und S.-Rates Hamburg (Seewarte):

Franz. Pressedienst (Uebers. französisch).

Erklärungen der alliierten und verbündeten Mächte.

Die Führer der alliierten und verbündeten Mächte haben auf den Vorschlag des Präsidenten Wilson folgenden Entschluß gefaßt: Die Vertreter der verbündeten Mächte sind in Beratungen über die Hilfeleistung für das russische Volk begriffen. Sie haben nur die Absicht, Rußland zu unterstützen; sie wollen dem russischen Volk keineswegs irgend welche Hindernisse in den Weg stellen oder sich in irgend einer Weise in sein Recht eindrängen, seine Angelegenheiten auf seine Art zu regeln. Die Vertreter betrachten das russische Volk als ihren Freund und nicht als ihren Feind, und sie haben den dringenden Wunsch, ihm auf jede Weise zu helfen. Da es ihnen klar, daß die Unglücksfälle und die Not des russischen Volkes regelmäßig steigen, daß der Hunger und die Verarmungen in ganz natürlicher Weise von Tag zu Tag ärger werden, sich mehr und mehr ausbreiten und es mehr und mehr unmöglich machen, das Elend niederzudrücken, wenn die Ordnung nicht wieder hergestellt wird und nicht normale Arbeits-, Handels- und Verkehrsbedingungen wieder eintreten. Sie suchen deswegen einen Weg zu finden, auf dem das russische Volk bei der Wiederherstellung der Ordnung unterstützt werden kann. Sie erkennen das absolute Recht des russischen Volkes an, seine Angelegenheiten selbst zu ordnen, ohne irgendwelchen äußeren Einfluß oder Einmischung. Sie wollen nicht die jetzige Lage Rußlands ausnutzen oder sich ihrer auf irgendeine Weise bedienen, sie erkennen die Revolution ohne Vorbehalt an und werden auf keine Art und unter keinen Umständen irgendeinen gegenrevolutionären Versuch unterstützen. Es liegt ebenso wenig in ihrer Absicht, die einen gegen die anderen zu unterstützen oder zu begünstigen, auch keine der organisierten Truppen, die sich augenblicklich um die Führung Rußlands streiten. Ihr einziger Zweck ist, alles zu tun, um Rußland den Frieden und die Möglichkeit zu bringen, sich von den jetzigen Schwierigkeiten zu befreien. Die verbündeten Mächte haben ein feierliches Werk in Angriff genommen, die Verantwortung für die Aufrichtung des europäischen und Weltfriedens liegt auf ihren Schultern, und sie sind sich wohl klar darüber, daß Europa und die Welt niemals Frieden haben werden, solange Rußland keinen hat. Die Vertreter sehen es infolgedessen als ihre Pflicht an, Rußland in dieser wichtigen Angelegenheit mit ebenso großer Hochherzigkeit, Uneigennützigkeit, Sorgfalt und gutem Willen zu helfen, wie sie allen anderen Freunden und Verbündeten helfen werden, und sie sind bereit, diesen Dienst dem russischen Volk auf die annehmbarste Weise zu leisten.

*

Ein weiterer Funkspruch meldet:

Erklärungen der alliierten und verbündeten Mächte.

Die Vertreter der alliierten und verbündeten Mächte haben folgenden Entschluß gefaßt: Sie laden jede organisierte Gruppe, die augenblicklich eine politische Macht oder eine militärische Kontrolle ausübt oder auszuüben versucht, und die sich in Sibirien oder innerhalb der Grenzen des europäischen Rußlands, wie sie vor dem Kriege bestanden, befindet, und die vollständig ist, ausgenommen in Finnland und Polen, ein, Vertreter, deren Zahl für alle Truppen gleich ist, auf die Fürsteninsel im Marmarameer zu schicken, wo sie von den Vertretern der verbündeten Mächte empfangen werden, vorausgesetzt, daß zwischen den eingeladenen Parteien in der Zwischenzeit ein Waffenstillstand hergestellt ist und daß alle bewaffneten Kräfte, die gegen die Völker der Gebiete außerhalb der Grenzen des europäischen Rußlands, wie sie vor dem Kriege waren oder gegen Finnland oder gegen Völker oder Gebiete, deren Herrschaft durch die 14 Artikel bestimmt wird, über die jetzt verhandelt worden ist, geschickt sind, in der Zwischenzeit zurückgezogen werden und alle militärischen Angriffsaktionen aufhören. Diese Vertreter der russischen Parteien sollen mit dem Vertreter der verbündeten Mächte in freier, ungezwungener Weise konferieren, um Mittel und Wege zu finden, die Wünsche aller Parteien des russischen Volkes zu erfüllen und es ihm zu ermöglichen, für sich und seine Interessen zu arbeiten. Zugleich sollen Verbindungen geschaffen werden, die die Zusammenarbeit zwischen dem russischen Volke und den übrigen Völkern der Erde fördern, wenn auf die jetzige Einladung eine schnelle Antwort erfolgt. Es sollen dann auch für die Reise der Vertreter einschließlich des Transportes über das Schwarze Meer alle möglichen Erleichterungen geschaffen werden, und zwar sowohl von seiten der Alliierten sowie auch von seiten aller interessierten Parteien. Die Vertreter werden an dem bestimmten Treffpunkt am 15. Februar 1919 erwartet.

Politische Nachrichten.

Not-Aushilfe mit Lebensmitteln.

(Eigener Drahtbericht des „Hamb. Echo".)

Unterstaatssekretär v. Braun erklärte einem Vertreter des „Vorwärts", daß die Verhandlungen in Trier zu dem Ergebnis geführt haben, während des Waffenstillstandes noch Lebensmittel in Höhe von etwa 80 Millionen Dollar für Kranke, Kinder, werdende und stillende Mütter und einzelne besondere Arbeiterkategorien zu liefern. Wenn die Instandsetzung und Ausrüstung der deutschen Schiffe unverzüglich durchgeführt und ihre Ausfahrt in keiner Weise gestört oder verzögert wird, dann wird in zwei oder drei Wochen die Lieferung der Not-Aushilfe beginnen. Es wird sich vielleicht um 70 000 Tonnen Speisefette, 50 000 Tonnen Weizen, gewisse Mengen von kondensierter Milch, Hafermehl, Reis und Fleischpräparaten handeln, die zu einer allgemeinen Aufbesserung der Ernährung in keiner Weise ausreichen. Um aber eine weitere Versorgung Deutschlands zu ermöglichen, ist erforderlich, daß wir durch die Ausfuhr von Kohlen, Kali und Industrieerzeugnissen so rasch wie möglich Devisen im Auslande uns verschaffen, da mit dem deutschen Gelde jetzt im Ausland nichts gekauft werden kann.

Deutsche Protestnote gegen die Beseitigung des Achtstundentags im besetzten Gebiet.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Das französische Oberkommando hat im Betriebe der Eisenbahnen des besetzten deutschen Gebietes vom 20. Januar ab die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages an Stelle des bestehenden Achtstundentages befohlen.

Gegen diese, dem Waffenstillstand zuwiderlaufende Maßregel hat die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa am 22. Januar eine Protestnote überreicht. Es wird darauf hingewiesen, daß schon vor der Besetzung der linksrheinischen Gebiete durch die Alliierten in ganz Deutschland der achtstündige Arbeitstag eingeführt wurde. Wenn nunmehr für die Eisenbahnen des besetzten Gebietes diese Maßnahme wieder rückgängig gemacht werde, so seien hiervon die bedenklichsten Rückwirkungen zu befürchten. Die deutsche Arbeiterschaft sehe in der Einführung des Achtstundentages eine der wesentlichsten Errungenschaften der Umwälzung in Deutschland. Es müsse daher gegen die Beseitigung des Achtstundentages nachdrücklichst Einspruch erhoben und um Aufhebung der den deutschen Arbeitern und Beamten auferlegten Zwangsmaßnahmen ersucht werden.

Eine Arbeiterbitte um mehr Kohlenförderung.

Arbeiter- und Soldatenrat und Gewerkschaftskartell in Mühlhausen i. Thür. haben sich an alle Bergarbeiterorganisationen mit der dringenden Bitte um Förderung der Kohlenerzeugung gewandt. Es heißt in dem Schreiben:

„Bei uns liegen auf Grund des Kohlenmangels eine große Anzahl der Industriebetriebe schon still, und die paar letzten werden in den nächsten Tagen folgen. Auch muß gerade auf Grund der sehr mangelhaften Belieferung mit Haushaltungskohlen sowie des winzigen Quantums an Gas die arbeitende Bevölkerung am allermeisten darunter leiden. Wir bitten Euch, dieses Eueren Kollegen bekanntzugeben, und hoffen, daß bei ihnen Verständnis für die allgemeine Notlage vorhanden ist."

Die Organisation der Bergarbeiter verbreitet diesen Appell und fordert die gesamte Bergarbeiterschaft auf, dafür zu sorgen, daß nicht Frauen und Kinder, ihre Arbeitskollegen hungern und frieren. In der Tat hat die deutsche Arbeiterklasse seit der Revolution den größten Teil der politischen Macht in Händen; sie wird sie auf die Dauer nur behaupten können, wenn sie im Maße ihrer Rechte auch Pflichtbewußtsein zeigt.

Die „Freiheit" für die jetzige Regierung.

Die „Freiheit" wendet sich, wie uns aus Berlin gedrahtet wird, gegen eine Koalitionsregierung und erklärt, daß die jetzige Regierung und der Zentralrat mindestens bis zum Zusammentritt des endgültigen deutschen Parlaments bleiben müßten.

Wie verträgt sich dies Verlangen des Berliner Unabhängigen-Organs mit der Forderung fast aller anderen „Unabhängigen", die jetzige „Blutregierung" solle schleunigst zurücktreten?

Er weiß es nicht!

Der frühere demokratisch-fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Lehrer Bruckhoff, jetzt Fahnenträger der demokratischen Kandidatenliste im Wahlkreis Frankfurt a. d. O. und dort auch in die Nationalversammlung gewählt, sprach am Abend vor den Nationalratswahlen in einer demokratischen Wählerversammlung in Guben. Er erklärte dort, daß, wenn er am 9. November die politische Macht in Händen gehabt hätte, er nicht für die Ausdehnung des wahlfähigen Alters auf 20 Jahre für alle männlichen und weiblichen Angehörigen des deutschen Volkes gewesen wäre. Auf die ausdrückliche Frage von sozialdemokratischer Seite, ob Bruckhoff den Frauen das Wahlrecht gegeben haben würde, antwortete der „Demokrat": „Das weiß ich nicht!"

Die Demokraten wissen also noch nicht, wie sie zum Frauenwahlrecht stehen. Alle vernünftigen Frauen aber sollten wissen, daß sie ihre politischen Rechte verraten, wenn sie für die rechtsstehenden rückschrittlichen Parteien stimmen, und daß sie die Frauenrechte gefährden, wenn sie ihre Stimme dem höchst unsicheren demokratischen Kantonisten geben.

Sie können es nicht lassen.

Aus der Zuschrift eines Arbeiters an die „Freiheit" ergibt sich, daß die Spartakisten das Begräbnis Liebknechts am Sonnabend wieder zu schweren Ruhestörungen und Gewalttaten auszunutzen beabsichtigen. Die „Freiheit" nimmt dagegen Stellung.

Wie Gröner dem letzten Kaiser reinen Wein einschenkte.

In der „Tägl. Rundschau" veröffentlicht Graf v. d. Goltz einen Leitartikel über die Flucht des Kaisers, worin ausgeführt wird, daß der Kaiser beim Heere bleiben wollte, dies aber durch einen Vortrag General Gröners verhindert wurde, daß die Truppe nicht mehr zuverlässig sei, nicht mehr hinter dem Kaiser stehe, daß das Heer unter seinen Oberbefehlshabern geordnet in die Heimat zurückmarschieren werde, aber nicht unter der Führung des Kaisers, daß Fahneneid und Kriegsherr nur noch eine Idee seien.

Vom deutsch-polnischen Kriegsschauplatz.

Aus Bromberg wird amtlich gemeldet: Steinburg wurde von einer starken polnischen Abteilung angegriffen. Unter Zurücklassung von 26 Toten (darunter der Führer, ein früherer deutscher Offizierstellvertreter) wurde sie abgewiesen. Bei den Kämpfen bei Hopfgarten, 20. und 21. Januar, wurden bei Tagesanbruch noch 76 polnische Tote festgestellt.

Die Anklageschrift gegen den Exkaiser.

Die französische Regierung hat der Friedenskonferenz, wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, eine juristische Denkschrift überreicht über die strafrechtliche Verantwortlichkeit Kaiser Wilhelms II. Diese Denkschrift ist von dem Dekan der juristischen Fakultät in Paris, Professor Larnaude, und dem Professor des Völkerrechtes, La Pradelle, verfaßt. Sie behauptet, die rechtliche Stellung des deutschen Kaisers werde dadurch bezeichnet, daß er seine ganze Macht als König von Preußen allein von Gott habe und sich allein auf das Schwert stütze. Vom Standpunkt des heutigen Völkerrechtes sei demnach seine persönliche Verantwortlichkeit nicht zu bestreiten. Es komme hinzu, daß die Gründung des Reiches und seine Verbindung mit Preußen in keiner Weise die besondere militärische Stellung des Königs von Preußen berühre, und daß er als Kriegsherr voll verantwortlich sei; die deutsche Reichsverfassung habe an die Verwaltung der Armee nicht gerührt. Der Kaiser besitze das absolute Vorrecht, persönlich die Armee zu befehligen und Krieg zu führen; er stütze sich dabei auf ein eigenes Militärkabinett. Das Gutachten beruft sich für die Frage der Trennung zwischen militärischer und politischer Verantwortung auf Laband. Insbesondere wird der Kaiser verantwortlich gemacht für die Verletzung der Neutralität Belgiens, die von ihm allein abgehangen habe.

Wie die Pariser Zeitungen versichern, werden die übrigen Großmächte sich der Schlußfolgerung des französischen Gutachtens anschließen, wonach ein Auslieferungsantrag gegen den Kaiser an die holländische Regierung zu richten wäre.

Rußland unter Belagerungszustand.

In der tschecho-slowakischen Armee sind ernste Unruhen ausgebrochen. Die Soldaten verweigern den Gehorsam. Ueber ganz Rußland wurde der Belagerungszustand verhängt.

Kleine politische Mitteilungen.

Der Landrat von Arnsfeld, v. Meyer, ist mit Gewalt durch den Arbeiterrat seines Postens enthoben worden.

Leinert erklärt, daß der Zentralrat der A.- und S.-Räte nicht gegen die Wahl von Weimar als Sitz der Nationalversammlung an sich protestiert habe, sondern gegen seine Ausschaltung bei diesem Beschluß.

In Oberschlesien hat die Wahlbeteiligung von 74 pZt. bewiesen, wie gering dort die Neigung ist, sich Polen anzuschließen.

Reuter meldet: Seit dem 1. Januar verließen 3330 internierte feindliche Zivilpersonen England, um in die Heimat zurückbefördert zu werden. 1600 verließen London und Hull am 11. Januar, 980 verließen Hull am 16. und 17. Januar, um nach Deutschland zurückzukehren.

Die griechische Delegation auf der Friedenskonferenz wird dem Generalsekretär der Konferenz ein Memorandum zustellen, das die besonderen Forderungen Griechenlands enthält, die territorialer Natur sind und Nordepiros, Thrazien, Kleinasien, Konstantinopel und die Inseln des östlichen Mittelmeeres betreffen. Das Memorandum trägt die Unterschrift Venizelos.

Die spanischen Cortes wurden eröffnet. Romanones gab der Kammer Kenntnis von der Vorlage über die Autonomie Kataloniens. Mit 136 gegen 7 Stimmen wurde eine besondere Kommission für die Berichterstattung über die Vorlage ernannt.

Endergebnis der Wahlen im 37. Wahlkreis Hamburg-Bremen-Stade.

Das Statistische Amt gibt bekannt:

Wahlen zur Nationalversammlung 1919, 37. Wahlkreis.

Wahlvorschlag	Reg.-Bez. Stade	Stimmen überhaupt
1. Stolten	72821	446857
2. Henke	13358	83422
3. Nölting	1985	12194
4. Alpers	62970	63517
5. Petersen	42	156100
6. Böhmert	39798	95352
7. Buchmann	5	16118
8. Mahlstedt	436	6 23
9. Schöttler	10760	11104
10. Wirthgefft	10279	79935
Gültige Stimmen	212454	971122
Ungültige Stimmen	133	3194
Abgegebene Stimmen überhaupt	212587	974316

Arbeiterbewegung.

Deutsches Reich.

Der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier beendet.

Aus Essen wird gemeldet: Bei der heutigen Morgenschicht fuhren die Belegschaften sämtlicher Zechen wieder an.

In Oberschlesien fuhren bei jeder Schicht noch 20 000 Mann. Die Soldatenräte haben 28 Verhaftungen wegen Terrors gegen Arbeiter und Landesverrats im polnischen Sinne vorgenommen.

Tages-Bericht.

Donnerstag, 23. Januar 1919.

Hamburg.

Neue Demonstration der Seeleute.

Unruhen vor dem „Hamburger Echo".

Am Donnerstag vormittag fand wieder eine Demonstration von Seeleuten statt, die sich zu einem internationalen Seemannsbund zusammengeschlossen haben. Wieder zogen sie mit Musik von den Landungsbrücken zum Rathaus und entsandten eine Deputation zum Arbeiterrat, die ihre Forderungen vortragen sollte. Sie verlangen, wie schon mitgeteilt, Beseitigung der Seemannsordnung, Abänderung des zwischen der Organisation der Seeleute und den Reedern geschlossenen Tarifs und erklären sich gegen die Heuerbaje sowie gegen Paul Müller. Von einem Redner der Seeleute, der vom Balkon des Rathauses sprach, wurde die Wiedereinsetzung Laufenbergs zum Vorsitzenden des Arbeiterrates gefordert und der Rücktritt Henses verlangt. Ueber die Verhandlungen bezüglich des Tarifs und der übrigen Forderungen der Seeleute berichtet das W. T. B.:

„Die Deputation verlangte von dem Vorsitzenden der Exekutive, Hense, daß er zu den Seeleuten spreche. Den Seeleuten war bereits mitgeteilt worden, daß weitere Verhandlungen über ihre Forderungen vertagt werden müßten, da die in Frage kommenden Vertreter der Reedereien in Berlin wegen der Beschlagnahme der Flotte verhandelten. Hense entschloß sich schließlich, dem Drängen der Deputation nachzugeben, den versammelten Seeleuten über die gepflogenen Verhandlungen selbst Mitteilungen zu machen, da, wie die Deputation darlat, es zu Unruhen und Blutvergießen kommen könne, wenn Hense sich weigere, zu erscheinen. Hense verlangte daraufhin die Zusicherung, daß die Deputation für Ruhe und Ordnung einstehe. Nur unter dieser Bedingung komme er, um eventuelles Blutvergießen zu vermeiden, der Forderung der Deputation nach. Diese Zusicherung wurde gegeben, worauf Hense den versammelten Seeleuten vom Balkon des Rathauses erläuterte, daß die Seemannsordnung eine Reichsangelegenheit sei, daß aber der A.- und S.-Rat der Nationalversammlung eine Vorlage zur Beseitigung der Seemannsordnung unterbreiten werde. Die Verhandlungen mit den Reedern müßten vorläufig vertagt werden. Wenn die Seeleute Schiffsräte hätten, so wären sie schon lange in der Lage gewesen, genau wie die Arbeiter in ihren Betrieben, auch auf ihrem Schiffe Leute zu wählen. Als er sie aufforderte, auf ihre Schiffe zurückzukehren, um die Wahlen vorzunehmen, erhob sich lauter Widerspruch, wie überhaupt die Menge in Zurufen erklärte, daß sie mit Hense nichts zu tun haben wolle. Als Hense geendet hatte, sprachen noch verschiedene Redner der Ortsgruppe des Internationalen Seemannsbundes gegen Hense und brachten ein Hoch auf den früheren Vorsitzenden der Exekutive, Dr. Laufenberg, aus. Darauf zogen die Seeleute in geschlossenem Zuge wieder ab, um insbesondere mit den Reedereien wegen der Besetzung der Heuerbureaus durch Mitglieder ihrer Organisation zu verhandeln."

Kurz nach 1 Uhr mittags kam der Demonstrationszug der Seeleute über die Lombardsbrücke daher und bog in den Neuen Jungfernstieg ein, von dem als erste Straße die Fehlandstraße abzweigt. Den an der Ecke der Fehlandstraße stehenden Wachposten wurde von einigen Frauen beim Herannahen des Zuges zugerufen: „Macht, daß Ihr wegkommt, sie wollen Euch das Gewehr wegnehmen." In demselben Augenblick stürzten auch ein paar dem Zuge vorauseilende junge Burschen auf den Wachtposten los, der nun einen Alarmschuß in die Luft abgab und in die Fehlandstraße zurückwich, weil er sich das Gewehr nicht entreißen lassen wollte. Durch den Alarmschuß aber wurden die den demonstrierenden Seeleuten voranziehenden jungen Leute so erregt, daß ein Teil von ihnen in die Fehlandstraße stürmte, wo sie mit den durch den Schuß alarmierten Wachtmannschaften vor der Tür unseres Betriebes zusammentrafen. Zwei der Soldaten wurde von einem Zivilisten das Gewehr entrissen und zerbrochen, und die Demonstranten forderten die Herausgabe des Soldaten, der den Alarmschuß abgegeben hatte. Die Erregung war sehr groß, legte sich aber, als einige Mitglieder des Obersten Marinerats d. A.-E. zur Ruhe mahnten und Untersuchung verhießen. Festzustellen ist, daß nicht etwa die demonstrierenden Seeleute in Konflikt mit den Sicherheitsmannschaften gerieten, sondern namentlich jüngere Burschen und Mariner, die dem Zug vorauseilten und die Posten an der Fehlandstraße umringten, die sich nicht anders zu helfen wußten, als Alarmschüsse in die Luft abzugeben, um ihre Kameraden auf ihre Gefährdung aufmerksam zu machen. Die „Erregung" der Tumultuanten, die vor das „Echo" zogen, war deshalb sachlich ganz grundlos. Das beweist vor allem auch die Tatsache, daß die demonstrierenden Seeleute mit ihrer Musik an der Spitze ruhig, ohne sich an dem Exzeß vor dem „Echo" zu beteiligen, den Neuen Jungfernstieg weiter entlang zogen. Aber jeder Demonstration, und sei sie noch so friedlich gemeint und werde sie noch so ruhig durchgeführt, schließt sich jetzt Janhagel an, der in Radauszenen sich austoben muß. Und alle Besonnenen mögen, wie es auch heute wieder von Arbeitern vor dem „Echo" geschah, noch so sehr zur Ruhe mahnen, es nützt nichts, die Radaubrüder wollen ihren Skandal, und beschuldigen natürlich jedesmal die andere Seite, daß sie „angefangen habe". Diese Dinge haben mit Politik, mit Parteipolitik und mit Parteistreitigkeiten nichts zu tun, denn die Leute, die diese Skandale machen, haben sich niemals und auch jetzt nicht um Partei und Parteianschauungen gekümmert.

Bekanntmachung.

Der Belagerungszustand ist aufgehoben.

Polizeistunde ist um 10 Uhr.

Es dürfen jedoch nach 8 Uhr abends keine Ansammlungen auf den Straßen und Plätzen mehr stattfinden.

Der regelmäßige Verkehr auf den Straßen soll nicht gestört werden. Ansammlungen nach 8 Uhr können jedoch nicht geduldet werden, da festgestellt worden ist, daß unter dem Scheine friedlicher Demonstranten sich unlautere Elemente gesammelt haben, um Waffen an sich zu reißen und Plünderungen und andere Gewalttätigkeiten auszuüben.

Wer obigem Verbot zuwider nach 8 Uhr abends an Ansammlungen teilnimmt, macht sich strafbar. Außerdem setzt er sich erheblichen Gefahren aus, da die Truppen und Sicherheitsmannschaften berechtigt sind, gegen Ansammlungen nach 8 Uhr vorzugehen und nötigenfalls die Ansammlung mit Waffengewalt aufzulösen.

Der Oberste Soldatenrat.
Siebener-Ausschuß.
J. V.: Reich.

Eine Danksagung des Wahlkommissars des 37. Wahlkreises an den Soldatenrat.

Der Wahlkommissar für den 37. Wahlkreis hat folgendes Schreiben an den Soldatenrat gerichtet:

„Nachdem die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung in Hamburg ohne nennenswerte Störungen verlaufen sind, empfinde ich das Bedürfnis, dem Soldatenrat meinen verbindlichsten Dank dafür auszusprechen, daß er durch seine umfassenden Vorkehrungen für Erhaltung der Ordnung und